Beschlussvorlage Samtgemeinde	Vorlage Nr.: 2294/2020			
Anpassung der Aufwandsentschädigung				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Samtgemeindeausschuss	02.12.2020	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	16.12.2020	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die Aufwandsentschädigung für den Samtgemeindegemeindevorsteher und den Ersten Samtgemeinderat soll ab dem 01. Januar 2021 entsprechend der Nds. Kommunalbesoldungsverordnung auf den monatlichen Höchstbetrag (entsprechend der zutreffenden Einwohnerzahl) angepasst werden. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2021 eingestellt.

Gänderter Beschluss aus der SGA vom 02.12.2020

Auf die Aufwandsentschädigung für den Samtgemeindegemeindevorsteher und den Ersten Samtgemeinderat soll ab dem 01. Januar 2021 für den Samtgemeindegemeindevorsteher auf 300 € und für den Ersten Samtgemeinderat auf 200 € mtl. Angepasst werden. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2021 eingestellt.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

I. Gesamtkosten der Maßnahme: €

II. davon für den laufenden Haushalt vorgesehen: €

Betroffener Haushaltsbereich

- Ergebnishaushalt** **Finanzhaushalt/Investitionsprogramm**

Produktnummer/Projektnummer

Bezeichnung:

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr zur Verfügung.
 Den erforderlichen Mitteln stehen Einzahlungen/Erlöse zur Deckung gegenüber in Höhe von €

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr **nicht** zur Verfügung und müssen außer-/überplanmäßig bereitgestellt werden (Ausführungen zur Deckung sind der Begründung zu entnehmen).

III. Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung:

- Der Betrag ist jährlich wiederkehrend einzuplanen.
 Die Gesamtkosten von € beziehen sich auf die Jahre
 Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von €
 Durch die Maßnahme werden jährliche Erträge erwartet in Höhe von €.

2. Beteiligte Stellen:

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziel/e

Sachverhalt:

Mit Verordnung vom 08. Oktober 2020 hat das Land die Nds. Kommunalbesoldungsverordnung geändert. Der entsprechende Auszug aus dem Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Kernstück ist die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen um durchgängig 20 %. Hintergrund war die über 2 Jahrzehnte nicht erfolgte Anpassung an die Inflationsentwicklung.

Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) hat zur Umsetzung der Erhöhung die Herbeiführung eines entsprechenden Beschlusses der Vertretung empfohlen. Da es sich bei der Gewährung der Aufwandsentschädigung in Bezug auf die Höhe um eine Ermessenvorschrift handelt, aus der sich haushaltsmäßige Belastungen für die Kommune ergeben ist ein solches Vorgehen sinnvoll. Auch wenn sich aus den einschlägigen Zuständigkeitsvorschriften keine eindeutige Organzuständigkeit ableiten lässt, so spricht nach Auffassung des NSGB doch vieles für die Zuständigkeit der Vertretung als oberste Dienstbehörde gem. § 107 Abs. 5 NKomVG. Die ergänzende Begründung hierfür kann u. a. aus dem Nds. Besoldungsgesetz abgeleitet werden, da die ganz wesentlichen Personal- und Besoldungsentscheidungen mit finanziellen Auswirkungen in der Regel von der obersten Dienstbehörde, also der Vertretung, getroffen werden müssen. Hinzu kommt, dass die Vertretung mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung gem. § 58 Abs.1 Nr. 9 NKomVG den finanziellen Rahmen für die Gewährung der Aufwandsentschädigungen setzt, da gem. § 20 Abs. 1 NBesG für Aufwandsentschädigungen Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung zu stellen sind. Darüber hinaus ist der § 107 Abs.6 NKomVG in Bezug auf die Entscheidungszuständigkeit für die Aufwandsentschädigung der übrigen Beamten auf Zeit u. E. nach nicht einschlägig, da es keine konkrete Vorschrift gibt, die die oberste Dienstbehörde, sprich die Vertretung, in diesem vorliegenden Fall ermächtigt und somit eine Zuständigkeitsverlagerung auf den Hauptausschuss als höheren Dienstvorgesetzten erfolgen müsste. Es verbleibt also auch hier bei der Zuständigkeit der Vertretung.

Bislang fiel die Samtgemeinde Bersenbrück in die Kategorie „Bevölkerung 20.000 – 30.000“. Lt. dem Landesamt für Statistik Niedersachsen beträgt die Bevölkerung zum 30.06.2020 nun insgesamt 30.045 Einwohner . Somit erhöht sich die Aufwandsentschädigung nicht nur aufgrund der 20 %igen Anpassung, sondern auch aufgrund der Bevölkerung.

Bislang

20.001 – 30.000	SGBGM	245,00 €
	ESGR	165,00 €

Neu

30.001 – 50.000	SGBGM	330,00 €
	ESGR	222,00 €

3. Integrations- / Gleichstellungspolitische Auswirkungen

- Ja
 Nein

gez. Wernke
Samtgemeindebürgermeister

gez. Droppelmann
Fachdienstleiter FD I